



DR. INGE GRÄBLE
MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

PRESSEMITTEILUNG

Brüssel, 1. Dezember 2005

Haushaltseinigung 2006: Britische Präsidentschaft endlich kooperativer

"Die Einigung zwischen Parlament und Rat über den Haushalt 2006 ist ein Erfolg für Europa. Eine von mehreren europäischen Baustellen ist abgeschlossen". So lautet das Fazit der stv. EVP-Haushaltskordinatorin, Inge Gräble (CDU), aus den Ergebnissen der Budgetverhandlungen vom Mittwochabend zwischen der britischen Ratspräsidentschaft und dem Haushaltsausschuss des Parlaments. Die Handlungsfähigkeit der EU für 2006 sei damit gegeben. "Die britische Ratspräsidentschaft war endlich kooperationswillig. Ihre Strategie der Brückierung des Parlaments hat sich nicht ausgezahlt", sagte Inge Gräble und spielte damit auf den Verlauf der ersten Runde der Haushaltsverhandlungen in der vergangenen Woche an.

Strittig waren noch die Höhe der Zahlungen, die jetzt auf 111,969 Mrd. Euro (1,01% des Bruttonationaleinkommens) von Rat und Parlament festgelegt wurden. Dabei sind auf Drängen des Parlaments Mittel für insgesamt 6 Mehrjahresprogramme bereitgestellt: für kleine und mittlere Unternehmen (+28,5 Mio.), die Forschung (+21,225 Mio.), das Bildungsprogramm Sokrates (+33 Mio.), das Umweltprogramm Life (+7,075 Mio.), das Jugendprogramm (+9,2 Mio.) und für kulturelle Organisationen (+1 Mio.). "Damit wird die Sichtbarkeit Europas verbessert", so Inge Gräble. "Diese Programme wirken in die Breite und unterstützen auch die Lissabon-Strategie für mehr Wachstums- und Wettbewerbsfähigkeit in Europa".

Für die Aktionen der EU im Bereich der gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik, hier vor allem für Unterstützung von Konfliktlösungen, werden auch auf Wunsch des Rats unter anderem weitere 40 Mio. Euro bereitgestellt. Besonders begrüßt die EVP-Haushaltspolitikerin die zusätzliche Vereinbarung, dass der Rat endlich seiner Rechenschaftspflicht für die gemeinsame EU-Außen- und Sicherheitspolitik künftig auch auf politischer Ebene nachkommen will: Ab 2006 wird der Botschafter der Präsidentschaft mit dem Haushaltsausschuss und dem Auswärtigem Ausschuss vierteljährlich zusammentreffen. "Das Parlament konnte zudem bei weiteren Beteiligungsrechten punkten, so bei der finanziellen Öffnung der Mehrjahresprogramme und dem Flexibilisierungsinstrument", betonte die CDU-Europaabgeordnete abschließend.